

# EU-Nachrichten

# 14

2017

## KURZ & KNAPP

### Eurobarometer

Das Vertrauen in die EU wächst

3

### IM FOKUS

### Flüchtlingsumverteilung

Italien und Griechenland haben Anspruch auf Solidarität der Mitgliedstaaten

4

### Sicherheitsunion

Viele Vorhaben bereits umgesetzt

5

## CYBERANGRIFFE

### Neue EU-Agentur soll für besseren Schutz sorgen

Gegen Cyberangriffe ist die EU nach Ansicht von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker noch nicht gut genug gerüstet. „Cyberangriffe können unter Umständen gefährlicher sein für die Stabilität von Staaten und Unternehmen als Panzer und Gewehre“, sagte er. Im vergangenen Jahr habe es täglich über 4.000 Angriffe mit Schadprogrammen gegeben, 80 Prozent der europäischen Unternehmen seien mindestens einmal angegriffen worden. Juncker kündigte ein Paket mit Vorschlägen zum Umgang mit neuen Cyberbedrohungen an. Auch soll die Agentur für Netz- und Informationssicherheit gestärkt und zu einer neuen EU-Agentur für Cybersicherheit ausgebaut werden.

Vorschläge zum Schutz geistigen Eigentums, persönlicher Daten und zur Bekämpfung von Hasspropaganda wurden in den vergangenen Jahren bereits auf den Weg gebracht.

▮ [Vorschläge zur Cybersicherheit](#)



Seine Ideen von der Zukunft der EU und konkrete Pläne für die nächste Zeit stellte Kommissionspräsident Juncker im Europäischen Parlament vor.

„DEN WIND IN DEN SEGELN NUTZEN“

## Juncker präsentiert seine Vision für die EU

Eine geeintere, stärkere, demokratischere und sozialere Union, in der die Grundwerte Freiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit geachtet werden: So wünscht sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die EU im Jahr 2025. In seiner Rede zur Lage der EU stellte er seine Vision vor.

> Dabei stützte er sich auf die Bilanz einer breiten Diskussion der europäischen Öffentlichkeit, die die Kommission mit der Vorlage von fünf möglichen Szenarien zur Zukunft der EU angestoßen hatte, und auf seine jahrzehntelange Erfahrung in europäischen Spitzenämtern. Juncker flankierte seine Vision mit einer ganzen Liste konkreter Vorschläge. Auch weil Großbritannien zum 30. März 2019 die EU verlässt, sei es dringend nötig, die Weichen für die Zukunft jetzt zu stellen. Der Moment sei auch günstig. Die Wirtschaft in der EU lebe zehn Jahre nach Ausbruch der großen Krise endlich wieder auf und damit auch Zuversicht und Vertrauen der Europäer. Die Staats- und Regierungschefs der künftig 27 EU-Staaten hätten im vergangenen Jahr ihren Willen zur Gemeinschaft bekräftigt und begonnen, eine „positive Agenda“ umzusetzen. „Wir müssen das Haus Europa vollenden,

solange das Wetter schön ist“, mahnte Juncker. „Lasst uns die Segel setzen und in See stechen, wir wollen die günstigen Winde nutzen“.

Juncker betonte, es sei unerlässlich gewesen, die öffentliche Diskussion über die Zukunft der EU in aller Deutlichkeit zu führen, etwa bei über 2.000 öffentlichen Veranstaltungen quer durch Europa. Seine Bilanz und Schlussfolgerung sei, dass es um viel mehr geht als Binnenmarkt und Geld, nämlich um die gemeinsamen Werte. Als erstes nannte der Kommissionspräsident die Freiheit von Unterdrückung und Diktatur, ein Phänomen, das die Europäer – vor allem im Osten der EU – „nur allzugen kennen“. Essenziell sei die Freiheit, seine Meinung zu sagen, etwa als Bürger oder Journalist. „Freiheit fällt nicht vom Himmel. Wir müssen für sie kämpfen“, so Juncker. >>

## REDE ZUR LAGE DER EUROPÄISCHEN UNION

Einige Kernsätze aus Junckers Ansprache im Europäischen Parlament



Kommissionspräsident auch Präsident des Europäischen Rates würde. „Europa wäre leichter zu verstehen, wenn ein einziger Kapitän am Steuer wäre“, sagte Juncker.

Um die EU handlungsfähiger zu machen, schlägt Juncker vor, mehr Beschlüsse mit Mehrheit statt einstimmig zu fassen, etwa in der Außenpolitik oder in wichtigen Steuerfragen. Dies sei nach EU-Recht möglich, wenn sich die Staats- und Regierungschefs einstimmig dafür aussprechen. Bei den in nächster Zeit konkret geplanten Initiativen konzentrierte sich Juncker auf fünf Hauptpunkte:

- > Faire Handelsabkommen.
- > Eine Strategie zur Stärkung der Industrie durch Innovation, Digitalisierung und Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen.
- > Entschlossener Klimaschutz. Vorschläge für umweltfreundlicheren Verkehr sind in Arbeit.
- > Schutz der Bürger im digitalen Zeitalter.
- > Steuerung der Migration. Durch Aufnahme wirklich Schutzbedürftiger, Rückführung abgelehnter Migranten, Öffnung legaler Einreisewege und finanzielle Hilfe für Herkunftsländer, etwa in Afrika.

>> Essenziell ist für ihn auch die Gleichberechtigung von allen Menschen und Mitgliedstaaten. So sei es etwa nicht hinnehmbar, dass Kinder in Rumänien oder Italien nicht den gleichen Zugang zu wichtigen Impfstoffen hätten wie in anderen Ländern oder dass Verbraucher in Ungarn, Tschechien oder der Slowakei teils schlechtere Lebensmittel bekämen als die Käufer gleicher Produkte im Westen. So etwas sei nach EU-Recht verboten und müsse rigoros unterbunden werden. „Europa muss mit beiden Lungenflügeln atmen, mit dem östlichen und dem westlichen“, mahnte Juncker. Auch „Arbeitnehmer zweiter Klasse“ dürfe es nicht geben. Um über Fairness im Binnenmarkt zu wachen, schlug er die Gründung einer EU-Arbeitsmarktaufsicht vor.

Als drittes Grundprinzip der EU nannte er die Rechtsstaatlichkeit. In Streitfällen seien die Urteile des Europäischen Gerichtshofs „in allen Fällen zu respektieren“. Das nicht zu tun oder die Unabhängigkeit nationaler Gerichte zu untergraben, beraube die Bürger ihrer Grundrechte, mahnte er.

### Euroraum für alle öffnen

Juncker wünscht sich, dass die Mitgliedstaaten enger zusammenrücken und dass möglichst alle an den großen EU-Errungenschaften teilhaben. So sollten möglichst alle Staaten den Euro bald einführen, sobald sie die Kriterien erfül-

len, damit dieser „unseren Kontinent mehr eint als spaltet“. Dazu schlug Juncker die Schaffung eines „Euro-Beitrittsinstruments“ vor, das technische, „manchmal auch finanzielle“ Heranführungshilfe bietet. Auch der Bankenunion sollten möglichst alle Länder beitreten. Wenn sie dort dann Risiken im Finanzsektor vermindert hätten, könne auch eine gemeinschaftliche Sicherung von Bankeinlagen eingeführt werden. Parallel zum stärkeren Schutz der EU-Außengrenzen solle für Rumänien und Bulgarien der Schengenraum geöffnet werden, auch für Kroatien, sobald dort die Bedingungen erfüllt seien. Juncker drängt auch, eine „Säule sozialer Rechte“, gemeinsam zu beschließen.

Von neuen Doppelstrukturen wie einem eigenen Eurozonen-Parlament oder einem eigenen Euro-Haushalt, hält Juncker nichts. Das Parlament des Euroraums sei das Europäische Parlament. Mittel zur Stärkung des Euroraums sollten Teil des gemeinsamen EU-Haushalts sein. Und als Europäischer Wirtschafts- und Finanzminister solle der EU-Wirtschaftskommissar fungieren. Er soll nach Junckers Vorstellung bei Krisen in Mitgliedstaaten den Einsatz aller EU-Finanzinstrumente koordinieren und dazu auch den Vorsitz in der Gruppe der Euro-Finanzminister übernehmen. Einheitliche Politik verspricht er sich auch, wenn der als Spitzenkandidat in der Europawahl gewählte

Um zu garantieren, dass sich die EU bei der Regulierung auf die Bereiche konzentriert, die grenzüberschreitend wichtig sind, soll noch in diesem Monat eine Task Force für „Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit“ eingesetzt werden. Die Leitung soll der Erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans übernehmen. Vertreten sein sollen auch Abgeordnete aus Europaparlament und nationalen Parlamenten. (frh) >

■ *Rede zur Lage der Union 2017*

### EU wird weiter wachsen

In weiterer Zukunft wird die EU laut Kommissionspräsident Juncker mehr als 27 Mitglieder haben, allerdings nicht vor der nächsten Europawahl 2019. Einen Platz für die Türkei sieht er „in absehbarer Zeit“ nicht, denn die entferne sich selbst „mit Riesenschritten“ von der EU. „Lassen Sie unsere Journalisten frei, und nicht nur unsere Journalisten. Hören Sie auf, unsere Mitgliedstaaten und Staats- und Regierungschefs als Faschisten und Nazis zu beschimpfen“, appellierte Juncker. Die Hand der EU bleibe ausgestreckt, doch er habe den Eindruck, in Ankara wollten sich einige „Wege verbauen“ und dann der EU die Schuld geben.

## UMFRAGEN ZEIGEN STIMMUNGSWANDEL AN

**Vertrauen in die Europäische Union wächst**

Die vielen Herausforderungen für die EU und die von der EU-Kommission angestoßene Diskussion über die Zukunft der Gemeinschaft haben offenbar dazu geführt, dass immer mehr Europäerinnen und Europäer deren Vorzüge wieder mehr schätzen. Laut der jüngsten Eurobarometer-Umfrage beurteilt eine wachsende Mehrheit der Deutschen und der Europäer die Zukunft der EU positiv. Auch das Vertrauen in die EU wächst – es ist auf dem höchsten Stand seit 2010. Der Anteil der Europäerinnen und Europäer, die die Wirtschaftslage ihres Landes optimistisch beurteilen, hat deutlich zugenommen. Gleichzeitig ist die Unterstützung für den Euro so hoch wie seit 2004 nicht mehr.

Die Daten zeigten, dass „das Bewusstsein der Menschen über Bedeutung und Gestaltungsmöglichkeiten der EU wieder deutlich gestiegen ist“, sagte Richard Kühnel, der Vertreter der Europäischen

Kommission in Deutschland. „Der Trend zu einer positiven Sichtweise auf die Zukunft Europas verfestigt sich.“ Zu ähnlichen Resultaten wie das Eurobarometer kam auch eine Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Zwei von drei Bürgern in Deutschland zeigten sich von den Vorteilen der EU-Mitgliedschaft überzeugt, vor zwei Jahren war es nur jeder Dritte. Die Mehrheit der Europäer verbindet die EU demnach mit Begriffen wie „Chancen“ und „steigender Wohlstand“ und 61 Prozent wünschen sich mehr Zusammenarbeit. Der Brexit hat laut FES nicht zu einer Renationalisierung geführt, sondern das Vertrauen in die EU gestärkt.

■ *Eurobarometer-Umfrage 2017*



## VERSPÄTETE FLÜGE

**Entschädigungshöhe hängt von Luftlinie ab**

Bei der Frage, welche Entschädigung EU-Flugpassagieren bei deutlich verspäteten Flügen zusteht, ist die Luftlinienentfernung zwischen Abflug- und Zielort entscheidend. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden. Die Entschädigung fällt nicht höher aus, wenn es sich um Umsteigeflüge mit Zwischenlandung und längerer Flugstrecke handelt. Die Richter wiesen damit die Klage von drei Frauen ab, die mit Brussels Airlines von Rom nach Hamburg geflogen waren. Dabei mussten sie in Brüssel umsteigen. In Hamburg kam ihr Flieger mit einer Verspätung von drei Stunden und fünfzig Minuten an. Nach EU-Recht steht Passagieren bei einer Verspätung ab drei Stunden eine Entschädigung zu: Bei Flügen bis 1.500 Kilometer sind es 250, darüber 400 und bei Interkontinentalflügen 600 Euro.

Brussels Airlines bezahlte jeder Kundin 250 Euro. Die Entfernung zwischen den Flughäfen von Rom und Hamburg betrage 1.326 Kilometer, hieß es zur Begründung. Die Hamburgerinnen verlangten jeweils 400 Euro und argumentierten, sie seien insgesamt 1.656 Kilometer in der Luft gewesen. Laut EuGH-Urteil sollen die Entschädigungen Unannehmlichkeiten ausgleichen, die den Fluggästen durch eine Verspätung oder Annullierung entstehen. Ein Zwischenstopp ändere an diesen Unannehmlichkeiten aber nichts Wesentliches, so die Richter. C-559/16

■ *EuGH-Entscheidung zu Flugverspätungen*

## ABGASAUSSTOSS VON AUTOS

**Neue Testmethoden sollen Luft in EU sauberer machen**

Seit dem 1. September gelten in der EU neue Testverfahren für Autoabgase, die dazu beitragen sollen, die Luft sauberer zu machen. Alle neu entwickelten Automodelle, für die eine Typenzulassung beantragt wird, werden künftig auf Prüfständen unter Laborbedingungen nach neuen Standards getestet, die den Ausstoß von Luftschadstoffen und CO<sub>2</sub> realistischer als bisher überprüfen sollen. Die neue World Harmonised Light Vehicle Test Procedure (WLTP) ersetzt die bisher gültigen Testmethoden des New European Driving Cycle (NEDC). Außerdem müssen neue Fahrzeugtypen nun auch Real Driving Emissions Tests (RDE) unter realen Verkehrsbedingungen auf der Straße durchlaufen, bevor sie zugelassen werden können.

Bei den RDE-Tests stehen insbesondere die Emissionen von Stickoxiden (NO<sub>x</sub>) und Feinstaubpartikeln im Blickpunkt, um die es ja auch beim aktuellen Diesel-Abgasskandal maßgeblich geht. Schrittweise müssen die neuen Tests auch von allen Neuwagen absolviert werden. Für WLTP gilt das ab September 2018, für die RDE-Tests auf der Straße ab September 2019. EU-Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen nannte die neuen Testvorgaben einen „Meilenstein“ auf dem Weg zu saubereren Kraftfahrzeugen. Es bleibe aber noch viel zu tun. Er verwies etwa auf die von der Kommission vorgeschlagene Reform des Typenzulassungsverfahrens.

■ *Verbesserte Emissionstests*

## FIPRONIL IN EIERN

**EU-Staaten sollen Lehren aus dem Skandal ziehen**

In 26 EU-Mitgliedstaaten und 19 Drittländern sind mit dem Insektizid Fipronil belastete Eier und verarbeitete Produkte gefunden worden. Hunderte Höfe wurden deswegen gesperrt und betroffene Produkte vom Markt genommen. „Während das Risiko für die menschliche Gesundheit gering ist, haben die Folgen dieser kriminellen Aktivitäten das Vertrauen der Verbraucher stark beeinträchtigt“, sagte EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis. Für den 26. September hat er ein Treffen mit Ministern und ranghohen Beamten organisiert, bei dem über die Lehren aus diesem Fall gesprochen werden soll. Bis dahin sollen alle betroffenen Mitgliedstaaten, insbesondere die Niederlande und Belgien, alle relevanten Informationen zur Verfügung stellen.

„Die Gesundheit der Bürger hat oberste Priorität“, betonte Andriukaitis. Die Verantwortlichen würden bestraft. Andriukaitis betonte, dass das EU-Schnellwarnsystem für Lebensmittelsicherheit (RASFF) auch im Fall von Fipronil genutzt habe, da in kürzester Zeit alle Mitgliedsstaaten über das potenzielle Risiko informiert wurden und betroffene Eier vom Markt nehmen konnten. In Zukunft müssten die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Systemen verbessert und technische Probleme behoben werden, so dass Informationen noch effizienter und schneller ausgetauscht werden könnten.

■ *Konsequenzen aus Fipronil-Skandal*

## Italien und Griechenland haben Anspruch auf Solidarität



In Italien und Griechenland kommen die meisten der in der EU Schutz Suchenden an. Die anderen Staaten haben sich verpflichtet, zumindest einige von ihnen aufzunehmen.

> „Die Mitgliedstaaten müssen jetzt Solidarität zeigen, denn einige Staaten brauchen jetzt Hilfe“, mahnte der Kommissar. Wenn Ungarn, Tschechien und Polen, die noch gar keine oder schon seit über einem Jahr (Tschechien) keine Menschen mehr aufgenommen haben, ihr Verhalten „in den kommenden Wochen“ nicht änderten, werde die Kommission Klage beim EuGH erheben, kündigte er an. Entsprechende Vertragsverletzungsverfahren laufen bereits.

Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Rumänien waren beim Beschluss zur Umverteilung überstimmt worden. Ungarn und die Slowakei hatten die Entscheidung beim EuGH angefochten, unterstützt von der neuen nationalkonservativen polnischen Regierung. Doch die Richter wiesen die Klagen ab. Die Umverteilung trage „tatsächlich und in verhältnismäßiger Weise“ zur Bewältigung der Flüchtlingskrise bei, urteilten sie. Der Ministerrat habe auch nicht gegen verfahrensrechtliche Vorschriften verstoßen, seinen Beurteilungsspielraum überschritten oder eine falsche Rechtsgrundlage für den Umverteilungsbeschluss gewählt. Abgewiesen wurde auch der Einwand, der Ratsbeschluss hätte einstimmig gefasst werden müssen.

### Weniger Menschen warten auf Umverteilung

Auf der Grundlage des Beschlusses hätten bis zum 4. September 27.695 Flüchtlinge umverteilt werden können, 19.244 aus Griechenland und 8.451 aus Italien, teilte die Kommission mit. Deutschland hat 7.852 von ihnen aufgenommen. Avramopoulos machte deutlich, dass

es nicht mehr darum geht, die vereinbarte Zahl von insgesamt 160.000 umzuverteilenden Menschen zu erreichen. Denn seit der Flüchtlingspakt mit der Türkei gilt, sei die Zahl der in Griechenland ankommenden Migranten um 97 Prozent gesunken, derzeit kämen im Durchschnitt täglich 75 Menschen auf den Inseln an. In Italien landeten viele Migranten, doch kämen sehr viele von ihnen aus wirtschaftlichen Gründen und hätten deshalb keinen Anspruch auf Umverteilung.

In Griechenland warten laut Avramopoulos noch 2.800 Menschen auf Weiterreise in andere EU-Staaten, rund 2.000 könnten nach seiner Schätzung noch bis Ende des Monats dazukommen. In Italien seien nur rund 4.000 Schutzsuchende für die Umverteilung registriert, es kämen aber täglich neue Antragsteller. Die Kommission drängt Italien, Umverteilungskandidaten – das seien insbesondere Eritreer – schneller zu identifizieren und zu registrieren. Avramopoulos wies darauf hin, dass das Umverteilungsprogramm nicht am 26. September endet, sondern dass alle dafür in Betracht kommenden Menschen, die bis zu diesem Tag in Italien und Griechenland ankommen, verteilt werden müssten.

Neben den Umverteilungen sollen die EU-Staaten auch Schutzsuchende direkt aus Flüchtlingslagern etwa in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei aufnehmen. Von den bis September vereinbarten 22.504 Menschen seien bisher 17.305 neu angesiedelt worden, so die Kommission. Darunter seien 8.834 Syrer, die

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat bestätigt, dass der Mehrheitsbeschluss der EU-Innenminister zur Umverteilung von Flüchtlingen vom September 2015 rechtmäßig gefasst wurde und für alle Mitgliedstaaten verbindlich ist. Dieses Urteil sollten die EU-Staaten laut EU-Innen- und Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos „als Chance begreifen, solidarisch zusammenzuarbeiten“. Die Tür zum Dialog sei weiter offen, sagte Avramopoulos in Richtung Budapest, Prag und Warschau. Er rief alle Mitgliedstaaten auf, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, Griechenland und Italien Flüchtlinge abzunehmen, die eindeutig schutzbedürftig sind.

im Rahmen des Flüchtlingspakts aus der Türkei gekommen sind. Deutschland bietet davon 2.903 Menschen Schutz.

Die neue EU-Grenz- und Küstenwache hat inzwischen laut Bericht 1.700 Mitarbeiter vor Ort im Einsatz. Zwei neue Missionen gebe es in Spanien, wo die Zahl der ankommenden Migranten zuletzt gestiegen sei. In diesem Jahr habe die neue Agentur 193 Aktionen unterstützt, durch die 8.606 Personen ohne Bleiberecht abgeschoben worden seien. Laut Avramopoulos bringt die Zusammenarbeit der EU mit Drittstaaten auch Erfolge dabei, Menschen von der illegalen Einreise in die EU abzuhalten. Etwa 11.000 Migranten hätten in Libyen und Niger dazu bewegt werden können, in ihre Heimatländer zurückzukehren. (frh) >

### Erklärung zum EuGH-Urteil

#### Solidarität beruht auf Gegenseitigkeit

Zum Wunsch Ungarns, EU-Geld für die Grenzsicherung zu bekommen, sagte EU-Migrationskommissar Avramopoulos, dass die Kommission entschlossen sei, allen Mitgliedstaaten beim Schutz der Außen Grenzen und beim Management der Migration zu helfen. Solidarität funktioniere aber nicht einseitig und kein Staat könne solche Hilfe erwarten und gleichzeitig die Aufnahme von Flüchtlingen ablehnen, unterstrich Avramopoulos.

## Viele Vorhaben zum Schutz der Bürger umgesetzt

Seit September 2016 hat der von der EU-Kommission angestrebte Aufbau einer europäischen Sicherheitsunion erheblich an Gestalt gewonnen. „Sämtliche von Präsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union im vergangenen Jahr dargelegten und im Jahresarbeitsprogramm 2017 der Kommission aufgeführten Maßnahmen wurden umgesetzt“, bilanzierte der für Innenpolitik und Migration zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos. „Die EU ist im Begriff, das Operationsfeld für Terroristen einzuengen“, sagte Julian King, EU-Kommissar für die Sicherheitsunion. Die EU mache Terroristen „das Reisen, das Trainieren und die Beschaffung von Geld, Waffen und Sprengstoffen schwerer“, so King.



Betonpoller und Polizeikontrollen: Behörden tauschen sich EU weit darüber aus, wie sich Einkaufsstraßen oder Volksfeste sicherer machen lassen.

> „Es besteht aber weiterer Handlungsbedarf, wie die jüngsten Anschläge auf tragische Weise deutlich gemacht haben“. In den vergangenen 12 Monaten habe sich die Kommission vor allem darauf konzentriert, die Mitgliedstaaten beim Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität zu unterstützen.

An den EU-Außengrenzen würden inzwischen alle Reisenden, auch die EU-Bürger, systematisch überprüft. Über die Erfassung der Ein- und Ausreisedaten von Drittstaatsangehörigen gibt es eine politische Einigung der Mitgliedstaaten. Ob über Drittstaatler, die kein Visum brauchen, sicherheitsrelevante Informationen vorliegen, soll vor ihrer Einreise über das Reiseinformati- und -genehmigungssystem ETIAS gecheckt werden, dessen Aufbau im Gange ist.

### Schengen-Datenbank wird stärker genutzt

Fortschritte hat es laut King bei den Bemühungen gegeben, die bestehenden Sicherheitsdatenbanken in der EU besser miteinander zu verknüpfen, so dass Polizisten und Grenzschützer überall Zugriff auf wichtige Informationen haben. Das Schengener Informationssystem (SIS) sei gestärkt und im vergangenen Jahr um 40 Prozent häufiger genutzt worden, so King. Eine Lücke wurde durch den Austausch von Strafregisterdaten von Nicht-EU-Bürgern über das neue ECRIS-Informationssystem geschlossen. Eine neue Europol-Verordnung hat dem europäischen Polizeiamt neue Handlungsspielräume eröffnet. Außerdem hat es mehr Mittel bekommen. Zu den weiteren Fortschritten zählt die Kommission:

> Die Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung stellt Finanzierung und Ausbildung von Terroristen unter Strafe sowie auch zum Beispiel Reisen in Ausbildungscamps. Terroropfer bekommen mehr Rechte.

> Die überarbeitete Feuerwaffenrichtlinie erlaubt eine bessere Kontrolle von Waffenkauf und -besitz und erschwert den Zugang zu den gefährlichsten Kriegswaffen. Gegen Waffenschmuggel wird jetzt strenger vorgegangen, besonders in den westlichen Balkanstaaten.

> Das Basteln von Bomben ist schwerer geworden, seit eine EU-Verordnung die bessere Kontrolle des Verkaufs von bestimmten Materialien erlaubt.

Viele der jüngsten Terroranschläge in der EU wurden mit Autos verübt, mit denen die Attentäter in Menschenmengen führen. „Wir müssen mehr zusammenarbeiten, um unsere öffentli-

chen Räume sicherer zu machen“, sagte King. Dazu ist eine Gruppe gegründet worden, in der sich Vertreter von Behörden und Kommunen darüber austauschen können, wie das am besten gelingt.

Um Terroristen von Finanzquellen abzuschneiden, hat die Kommission drei Vorschläge vorgelegt zur Bekämpfung von Geldwäsche, illegalen Geldtransfers und die Beschlagnahme von Vermögen. Derzeit werde geprüft, was noch getan werden kann, sagte King. Er wies darauf hin, dass etwa die Terrorgruppe IS, die im Irak und Syrien militärisch zurückgedrängt wird, Geld von dort ins Ausland transferiere. Das müsse beobachtet werden, weil dadurch möglicherweise auch Terror in der EU finanziert werden kann.

### Radikalisierung im Keim ersticken

Besonders wichtig nannte King die Anstrengungen, online und offline vorzubeugen, dass sich Menschen radikalieren. Die Kommission arbeitet mit Internetfirmen etwa daran, den Zugang zu Terrorpropaganda zu erschweren. Ein Programm zur Stärkung der Zivilgesellschaft soll Hasspropaganda im Netz positive Botschaften entgegensetzen. Ähnliche Ziele verfolgt „offline“ das Aufklärungsnetz gegen Radikalisierung (RAN). Die EU bringe die Experten zusammen, die vor Ort im Kontakt etwa mit jungen Menschen, in Gefängnissen oder mit Ex-Häftlingen versuchen, Radikalisierung zu verhindern, sagte King. (frh) >

### Terrorpropaganda löschen

Die beim Europäischen Polizeiamt Europol angesiedelte Meldestelle für Internetinhalte hat in den vergangenen zwei Jahren rund 35.000 Webseiten mit Terrorpropaganda bei Internetfirmen angezeigt. 80 bis 90 Prozent davon wurden laut EU-Kommission gelöscht. Die Zahl der bedenklichen Inhalte gehe aber in die Hunderttausende, so der Kommissar für die Sicherheitsunion King. „Wir müssen aufrüsten und schneller werden“, sagte er mit Blick auf die Meldestelle.

■ Europäische Sicherheitsunion

## Freier Handel mit fairen Regeln angestrebt

Credit © European Union, 2017



EU-Kommissionsvizepräsident Katainen stellte Pläne für ein „Screening“ geplanter Übernahmen wichtiger EU-Unternehmen oder Einrichtungen vor.

> Beim Verkauf strategisch wichtiger Unternehmen oder Einrichtungen, sei es eine Frage der politischen Verantwortung, „dass wir wissen, was vor unserer eigenen Haustür passiert, so dass wir unsere kollektive Sicherheit schützen können, wenn es sein muss“, sagte Juncker. Die jetzt vorgeschlagene Verordnung zum „Investment Screening“ baut auf entsprechenden nationalen Mechanismen auf, die es bereits in 12 Mitgliedstaaten gibt, so auch in Deutschland. Laut Kommission sind in den vergangenen 20 Jahren vor allem die Investitionen aus Brasilien und China in der EU deutlich gestiegen. Seit dem Ende der Finanzkrise sei die High-Tech-Branche das vorrangige Ziel. Ein Beispiel ist der Kauf des Augsburger Roboterherstellers Kuka durch den chinesischen Midea-Konzern im vergangenen Jahr. Vor allem die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Italiens hatten auf EU-Kontrollinstrumente zum Schutz vor unerwünschten Übernahmen gedrängt.

### Neue Handelsabkommen angestrebt

Die EU ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Laut Kommissionspräsident Juncker stehen „Partner aus der ganzen Welt Schlange“ um Handelsabkommen abzuschließen. Eine Vereinbarung mit Kanada ist besiegelt, mit Japan gibt es eine Einigung, Verhandlungen mit Singapur, Mexiko und mehreren südamerikanischen Ländern laufen. Nun schlägt die EU-Kommission auch Verhandlungen mit Australien und Neuseeland vor.

Die EU wolle auch in Zukunft ausländische Direktinvestitionen nicht einschränken, da es dabei um Arbeitsplätze gehe, erklärte Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen. Die Sicherheit und die öffentliche Ordnung dürften aber nicht dadurch gefährdet werden. Auch dürfe nicht passieren, dass etwa ein Mitgliedstaat das europäische Energienetz gefährdet, weil er Netzanteile in seinem Besitz an ein Unternehmen aus einem Drittstaat veräußert.

### Mitgliedstaaten haben das letzte Wort

Bei jeder Überprüfung eines Investitionsvorhabens solle das letzte Wort zwar bei den betroffenen Mitgliedstaaten liegen, betonte die Kommission. Anders als bisher solle die Entscheidung aber in Absprache mit den anderen Staaten sowie mit der Kommission getroffen werden. Die Kommission selbst will Investitionsvorhaben prüfen, wenn diese Folgen für Projekte oder Programme von Unionsinteressen haben könnten, etwa wenn es sich um ein Unternehmen handelt, das zum Satellitennavigationssystem Galileo gehört, wenn ein Unternehmen Fördermittel aus dem Forschungsrahmenprogramm erhalten hat, oder wenn die transeuropäischen Energie- und Verkehrsnetze betroffen sind.

Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament müssen dem Vorhaben zustimmen, ehe es in die Tat umgesetzt werden kann. Europaabgeordnete reagierten positiv. Dies sei „ein wichtiger Schritt, um insbesondere in den Schlüsselbranchen einen Schutz etwa vor strategischen staatlich finanzierten Übernahmen zu gewährleisten“, erklärte die handelspolitische Spre-

cherin der christdemokratischen EVP-Fraktion, Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU). „Wettbewerb ist gut, aber er muss fair sein. Wenn ausländische Unternehmen mit staatlicher Hilfe agieren, ist es das nicht“, so Markus Ferber (CSU). „Die Zeit drängt, denn Gefahr lauert im schleichenden Transfer von europäischen Technologien nach China, deswegen müssen die wirtschaftlichen Interessen Europas und unsere Arbeitsplätze verteidigt werden. Denn die Angriffe aus China treffen gerade den Mittelstand.“

cherin der christdemokratischen EVP-Fraktion, Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU).

„Wettbewerb ist gut, aber er muss fair sein. Wenn ausländische Unternehmen mit staatlicher Hilfe agieren, ist es das nicht“, so Markus Ferber (CSU). „Die Zeit drängt, denn Gefahr lauert im schleichenden Transfer von europäischen Technologien nach China, deswegen müssen die wirtschaftlichen Interessen Europas und unsere Arbeitsplätze verteidigt werden. Denn die Angriffe aus China treffen gerade den Mittelstand.“

Der Grünen-Abgeordnete Reinhard Bütikofer bewertete den Vorschlag als „ausgewogen“, da er nicht auf Protektionismus setze. „Die neue Regelung kann nicht nur in Hinblick auf chinesische Investitionen Anwendung finden. Sie böte auch zum Beispiel eine Handhabe gegen Versuche von Gazprom oder Rosneft, Kontrolle über kritische Energieinfrastruktur in der EU zu gewinnen“, sagte er.

Die Kommission kündigte zudem an, sie werde unter Beteiligung der Mitgliedstaaten ein Expertengremium für ausländische Direktinvestitionen einrichten, das unter anderem die Bereiche und Vermögenswerte ermitteln soll, die strategische Auswirkungen auf nationaler, grenzüberschreitender oder Unionsebene haben. Bis Ende 2018 will die Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten eine Analyse der Investitionen aus Drittstaaten durchführen. (ste/frh) >

■ *Ausgewogene und fortschrittliche Handelspolitik*

| DATUM                           | THEMA   | ORT   | KONTAKT  |
|---------------------------------|---|---|--|
| > 18.09.2017<br>18.00–19.45 Uhr | „What do the German elections mean for Europe?“<br>Podiumsdiskussion<br><b>Veranstalter:</b><br>Europäische Bewegung Deutschland, Europäische Bewegung International  | Vertretung des Landes<br>Nordrhein-Westfalen bei der EU<br>Rue Montoyer 47<br><b>1000 Brüssel</b> | <a href="http://netzwerk-ebd.us8.list-manage.com/track/click?u=af5795b74634b16dfcfbc8d47&amp;id=cfb457428f&amp;e=19b2a03268">http://netzwerk-ebd.us8.list-manage.com/track/click?u=af5795b74634b16dfcfbc8d47&amp;id=cfb457428f&amp;e=19b2a03268</a>  |
| > 19.09.2017<br>19.30–21.30 Uhr | „Die deutsch-französische Freundschaft – Beispiel gelungener Versöhnung“<br>Vortrag und Diskussion<br><b>Veranstalter:</b><br>Europa-Union-Deutschland, Landeshauptstadt Wiesbaden und Presseclub Wiesbaden           | Presseclub Wiesbaden<br>Wilhelmstraße 19<br><b>65189 Wiesbaden</b>                                | <a href="http://www.europatermine.de/termine/datum/2017/sep-tember/19/termin/einzel/die_deutsch_franzoesische_freundschaft_beispiel_gelungener_verseoehnung.html">www.europatermine.de/termine/datum/2017/sep-tember/19/termin/einzel/die_deutsch_franzoesische_freundschaft_beispiel_gelungener_verseoehnung.html</a> |
| > 19.09.2017<br>19.30–22.00 Uhr | „EU gegen Desinformation“<br>Informationsveranstaltung für Medienvertreter<br><b>Veranstalter:</b><br>Europäische Kommission, Regionalvertretung Bonn   | Europe-Direct-Informationszentrum<br>VHS-Gebäude<br>Cäcilienstraße 35<br><b>50667 Köln</b>        | <a href="http://www.kunden.pressto.biz/eu/Einladung%20Medienstammtisch%20Desinformation.pdf">www.kunden.pressto.biz/eu/Einladung%20Medienstammtisch%20Desinformation.pdf</a>   |
| > 20.09.2017<br>19.00 Uhr       | „Ausstellen in Europa: Herausforderungen und Chancen als Künstler und Galerist“<br>Talk & Diskussion<br><b>Veranstalter:</b><br>Berlin Masters  | Europäisches Haus<br>Unter den Linden 78<br><b>10117 Berlin</b>                                   | <a href="http://berlinmasters.com/2017">http://berlinmasters.com/2017</a>  |
| > 25.09.2017<br>10.00–16.00 Uhr | „Arbeitsplatz im Wandel - Was kann Grundbildung leisten?“<br>Konferenz<br><b>Veranstalter:</b><br>Nationale Koordinierungsstelle Europäische Agenda für Erwachsenenbildung, Landesgeschäftsstelle Arbeit & Leben e.V. | Gesellschaftshaus Magdeburg<br>Schönebecker Str. 129<br><b>39104 Magdeburg</b>                    | <a href="http://www.agenda-erwachsenenbildung.de/veranstaltungen/">www.agenda-erwachsenenbildung.de/veranstaltungen/</a>   |
| > 25.09.2017<br>18.00–20.00 Uhr | „Zwischen Ökonomie und Ökologie: Was bewegt die Belarussen und was hat das mit Europa zu tun?“<br>Diskussionsveranstaltung<br><b>Veranstalter:</b><br>Europäische Akademie Berlin                                     | Europäische Akademie Berlin<br>Bismarckallee 46/48<br><b>14193 Berlin</b>                         | <a href="http://www.eab-berlin.eu/event/zwischen-oekonomie-und-oekologie-was-bewegt-die-belarussen-und-was-hat-das-mit-europa-zu-tun/">www.eab-berlin.eu/event/zwischen-oekonomie-und-oekologie-was-bewegt-die-belarussen-und-was-hat-das-mit-europa-zu-tun/</a>   |
| > 27.09.2017<br>19.00–20.30 Uhr | „Nach der Wahl – wie geht es weiter mit Europa?“<br>Diskussionsveranstaltung<br><b>Veranstalter:</b><br>Europe Direct-Informationszentrum Köln  | FORUM Volkshochschule<br>Cäcilienstraße 29–33<br><b>50667 Köln</b>                                | <a href="http://www.ize-koeln.de/de/component/jem/event/280-nach-der-wahl-wie-geht-es-weiter-mit-europa.html">www.ize-koeln.de/de/component/jem/event/280-nach-der-wahl-wie-geht-es-weiter-mit-europa.html</a>   |
| > 28.09.2017<br>18.00–21.30 Uhr | „Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!“<br>Bürgerdialog<br><b>Veranstalter:</b><br>Europa-Union Deutschland  | Rathaus Rostock<br>Am Neuen Markt 1<br><b>18055 Rostock</b>                                       | <a href="http://www.europa-union.de/buergerdialoge/und-jetzt-europa/">www.europa-union.de/buergerdialoge/und-jetzt-europa/</a>   |
| > 29.09.2017<br>15.00–23.30 Uhr | „Europäische Nacht der Wissenschaften“<br>Informationsveranstaltung<br><b>Veranstalter:</b><br>KielRegion   | Eckernförde, Kiel, Plön,<br>Preetz, Rendsburg<br>Schleswig-Holstein                               | <a href="http://www.wissenschaftszukunft-kiel.de/index.php?id=152">www.wissenschaftszukunft-kiel.de/index.php?id=152</a>   |
| > 29.–30.09.2017<br>ganztäglich | „European Future Summits 2017 – Workshop II: Poland and the EU in 2035“<br>Workshop<br><b>Veranstalter:</b><br>Europäische Akademie Berlin  | Europäische Akademie Berlin e. V.<br>Bismarckallee 46/48<br><b>14193 Berlin</b>                   | <a href="http://www.eab-berlin.eu/event/european-future-summits-2017-workshop-ii-poland-and-the-eu-in-2035/">www.eab-berlin.eu/event/european-future-summits-2017-workshop-ii-poland-and-the-eu-in-2035/</a>   |

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de)

IMPRESSUM

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89  
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Vertretung in Deutschland



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

## EUROPÄISCHE KINDER- UND JUGENDBUCHMESSE

**Die Messtage in St. Johann sollen „ziemlich komisch“ werden**

Lachen, sich wundern über die Seltsamkeiten der Welt und diese hinterfragen: Das sollen die Besucherinnen und Besucher der 17. Europäischen Kinder- und Jugendbuchmesse vom 28. September bis 1. Oktober im saarländischen St. Johann. „Ziemlich komisch“, lautet deren Motto. Viele Veranstaltungen mit Autoren und Illustratoren sind geplant. Besonders mit solchen aus Frankreich, dem diesjährigen Länderschwerpunkt. Im Rahmen des EU-Projekts „Transbook“ präsentieren internationale Künstler ihre Arbeiten als Bücher, Apps, E-Books und Filme.

Erstmals kooperiert die Messe mit der Hochschule für Musik Saar (HfM). In dem Rahmen ist etwa das Musicalmärchen „Die 12 Schwäne“ zu sehen.

■ [Kinder- und Jugendbuchmesse Saarbrücken](#)

## JUVENES TRANSLATORES

**Übersetzungstalente aus der ganzen EU gesucht**

Zum 11. Mal sind in diesem Jahr junge Übersetzer aufgefordert, ihr Können beim EU-Wettbewerb „Jvenes Translatores“ unter Beweis zu stellen. 751 Schulen aus allen Mitgliedstaaten (davon 96 aus Deutschland) können zwei bis fünf Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jahrgangs 2000 anmelden. Die müssen dann am 23. November einen Text von einer Seite Länge aus einer beliebigen der 24 EU-Amtssprachen in eine beliebige andere übersetzen. Das Thema des Wettbewerbs lautet in diesem Jahr „EU 60 – der 60. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“.



Übersetzer der EU-Kommission küren pro EU-Staat eine Gewinnerin oder einen Gewinner. Diese werden im April 2018 nach Brüssel eingeladen, um ihre Auszeichnungen entgegenzunehmen. Schulen, die teilnehmen möchten, können sich bis zum 20. Oktober melden. Welche zum Zuge kommen, wird ausgelost.

■ [Jvenes Translatores](#)

SEMINARE FÜR REGIONALJOURNALISTEN  
**Bedeutung von EU-Politik für die Menschen vor Ort erklären**

Die EU existiert nicht nur in Brüssel, Straßburg oder Luxemburg, wie EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker immer wieder betont. Wenn es darum geht, Bürgerinnen und Bürgern zu erläutern, was etwa der Aufbau eines digitalen EU-Binnenmarktes, internationale Handelsabkommen oder EU-Beschlüsse zur Terrorismusbekämpfung für ihr Leben vor Ort bedeuten, sind regionale Journalistinnen und Journalisten gefragt.

Mit einer Reihe von Workshops versucht das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung diesen Medienvertretern Hinweise zu geben, wo sie Hintergrundinformationen zur EU-Politik und kundige Gesprächspartner finden können. Die nächste Veranstaltung findet am 9. Oktober in Aachen statt und beschäftigt sich besonders mit der digitalen Zukunft der EU. Digitalisierung steht auch im Mittelpunkt eines ähnlichen Workshops am 7. November in Kassel, während es am 30. November in Darmstadt besonders um das Thema „Innere und äußere Sicherheit“ gehen soll.

■ [Medienworkshop](#)

## ERASMUS+

**Videoclip zeigt Erfolgsgeschichte des Austauschprogramms**

Was 1987 als moderates freiwilliges Kooperationsprogramm zwischen 11 europäischen Ländern begann, ist zu einer großen Erfolgsgeschichte der EU geworden: Das Austauschprogramm Erasmus, das im Laufe der Zeit immer weiter ausgeweitet wurde und deshalb heute Erasmus+ heißt. Über 9 Millionen Schüler, Studierende, Auszubildende, Lehrende und Sportler haben mit Unterstützung des Programms Zeit im europäischen Ausland verbracht, ihren persönlichen und beruflichen Horizont erweitert und wertvolle Erfahrungen gemacht.

Ein kurzer Videoclip der EU-Kommission informiert über Erasmus+ und fasst grundlegende Fakten zusammen. Etwa dass ein Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen kommen und dass 94 Prozent sich hinterher als toleranter sehen. Interessant auch, dass Absolventen von Erasmus+ schneller einen ersten Arbeitsplatz finden als andere junge Menschen und im Durchschnitt 25 Prozent mehr verdienen und dass 92 Prozent der Arbeitgeber die durch den Austausch gestärkten sozialen Kompetenzen besonders schätzen.

■ [Zum Videoclip](#)